

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-3/024/2021

Kürzungen der Deutschförderung für Kindergarten- und Grundschul Kinder

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Ausländer- und Integrationsbeirat	19.05.2021	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Bildungsbüro

I. Antrag

1. Der Ausländer- und Integrationsbeirat bittet die Stadt Erlangen sowie die AGABY, sich beim bayerischen Kultusministerium und bei den Erlanger Abgeordneten des bayerischen Landtags dafür einzusetzen, dass die geplanten Kürzungen im Bereich der Deutschförderung für Kindergarten- und Grundschul Kinder rückgängig gemacht werden.

2. Der Ausländer und Integrationsbeirat bittet, die entstehenden Lücken im Bereich der Deutschförderung mit geeigneten kommunalen Programmen zu überbrücken, bis staatliche Programme wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. Der AIB appelliert im Sinne der Chancengleichheit im Bildungswesen dringend an die Politik, dass die ohnehin geringe Förderung wieder aufgenommen und künftig ausgebaut wird.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Schüler*innen mit Sprachförderbedarf sollen durch die entsprechenden Förderangebote die Möglichkeit erhalten, bildungssprachliche Kompetenzen aufzubauen, um ohne Hürden an dem Regelunterricht teilhaben zu können. Ziel ist es, den Bildungserfolg auch den Kindern, die Deutsch als Zweitsprache erwerben, zu gewährleisten.

Im Hinblick auf Chancengleichheit werden Kinder mit Sprachförderbedarf durch die Kürzung des Deutschförderprogramms „Vorkurs Deutsch 240“ in Kindergärten sowie durch die Streichung des Programms „Deutsch Plus“ und die fehlenden Deutschklassen an Grundschulen in ihrer schulischen Entwicklung massiv benachteiligt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

1. Der Oberbürgermeister setzt sich beim Kultusministerium und bei den Landtagsabgeordneten für die Rücknahme der Kürzungen ein.

2. Geeignete Handlungsmöglichkeiten werden in der auf Antrag der SPD einzurichtenden Fachgruppe „Bildung während und nach Corona“ aufgezeigt.

3. Die in der Arbeitsgruppe erarbeitenden Maßnahmen und Strukturen werden entsprechend umgesetzt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

*Wenn ja, negativ :
Bestehen alternative Handlungsoptionen?*

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang